

Gabriele Brenke

Die Bundesrepublik Deutschland und der Namibia-Konflikt

Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.,
Bonn, Reihe: Internationale Politik und Wirtschaft, Band 56

R. Oldenbourg Verlag, München, 1989, 310 S., DM 68,-

Wie die Verfasserin in der Einleitung zu ihrer hochinteressanten und aktuellen Untersuchung angibt, reichte deren Zeitraum ursprünglich nur bis zur Einsetzung der Interimsregierung in Windhoek am 17.6.1985. In dieser Form wurde sie 1986/87 von der Philosophischen Fakultät der Universität Köln als - von Hans-Peter Schwarz betreute - Dissertation angenommen. Später wurde die Zeit bis Mitte 1988 "im Sinne einer Aktualisierung ... bei wesentlichen Fragen aufgearbeitet". Diese Entstehungsgeschichte ist dem Werk anzumerken: Nicht überall sind die Übergänge nahtlos gegliedert. Immer wieder wird die s.Z. nur allzu berechtigte Skepsis der Verfasserin spürbar, ob es angesichts der jahrelang praktizierten Verzögerungstaktik Südafrikas überhaupt zu einer international anerkannten Unabhängigkeit Namibias kommen werde: Die mit der überraschenden Einigung der USA, Südafrikas, Angolas und Kubas im Juli 1988 einsetzende Eigendynamik des namibischen Unabhängigkeitsprozesses, die nun im November 1989 zur Wahl und zum Zusammentritt einer Verfassungsgebenden Nationalversammlung geführt hat, war kaum vorauszusehen und in ihren Erfolgchancen schwer abzuschätzen. Ärgerlich ist, daß man die im Text immer wieder verwendete Abkürzung TGNU im sonst sehr ausführlichen Abkürzungsverzeichnis (S. VII-X), das auch Selbstverständlichkeiten wie ARD und ZDF aufführt, nicht findet. Im Text erfährt man auf S. 34, daß es sich um die "Transitional Government of National Unity" handelt, also genau um jene Interimsregierung, mit deren Einsetzung die Arbeit ursprünglich abschloß.

All dies soll jedoch keineswegs heißen, daß der Wert der Brenke'schen Untersuchung durch die jüngsten Ereignisse abgenommen hätte: Im Gegenteil! Als allgemein zugängliche Quelle für Hintergrundmaterial zum Namibia-Konflikt und seiner jetzt hoffentlich bevorstehenden Lösung ist sie für jeden interessierten Beobachter erst recht unentbehrlich geworden: Durch Auswertung von weit verstreuten Primärquellen und ergänzende Befragung von beteiligten Personen und Institutionen hat die Verfasserin eine Bestandsaufnahme zustandegebracht, die künftigen Detailforschungen eine solide Grundlage bietet.

Nach der bereits erwähnten Einleitung (S. 1-6) wendet sich die Verfasserin der Genese des Namibia-Konflikts zu (S. 7-68) und behandelt hier nach kurzer Darstellung des kolonialen Erbes und des völkerrechtlichen Disputs um Namibia (Besetzung durch Südafrika 1915, Zuerkennung durch den Völkerbund als C-Mandat, Weigerung Südafrikas, den Übergang des Mandats im Jahre 1946 auf die Vereinten Nationen als Treuhandsgebiet anzuerkennen, Beendigung des Mandats durch VN-GV-Resolution 1966) ausführlich - ergänzt durch Landesdaten und Schaubilder im Anhang (S. 285-288) - die "internen Konfliktherde". Hier werden die zum Verständnis unerläßliche ethnische Vielfalt Namibias und die sich aus ihr ergebenden, das gewohnte Grundmuster des Schwarz-Weiß-Rassenkonflikts vielfach über-

lagernden und durchbrechenden Trennungs- und Verbindungslinien der Parteien-, Kirchen- und Wirtschaftslandschaft deutlich herausgearbeitet. Die Befreiungsorganisation SWAPO wird - wie das Ergebnis der Novemberwahlen 1989 gezeigt hat, korrekt - als zwar maßgebliche, aber nicht alleinige Vertreterin des namibischen Volkes dargestellt.

Der zweite Hauptteil (S. 69-108) ist der 1977 hoffnungsvoll begonnenen, aber bald durch südafrikanischen Widerstand versandenden Initiative der "Kontaktgruppe" (damalige westliche Mitglieder des VN-Sicherheitsrats einschließlich Bundesrepublik Deutschland) gewidmet. Am Ende wird dabei auch die schließlich erfolgreiche alleinige Verhandlungsinitiative der USA mit dem Afrikabeauftragten Chester Crocker als Hauptperson abgehandelt.

Den größten Umfang (S. 109-260) aber nimmt naturgemäß das Hauptthema "Die Bundesrepublik Deutschland und die Namibia-Frage" ein. Hier werden die Politik der Bundesregierung, die Behandlung der Frage im Bundestag und die Haltung der Parteien (und ihrer Stiftungen), der Kirchen (besonders der Evangelischen) und gesellschaftlicher Organisationen (nicht zuletzt Gewerkschaften und Unternehmer) in Kontinuität und Wandel gründlich untersucht und klar herausgearbeitet. Deutlich wird hierbei der quer durch fast alle Gruppierungen (nur die CSU mit ihrer durch F. J. Strauß bestimmten rein pro-südafrikanischen Haltung macht hier eine Ausnahme) verlaufende Zielkonflikt zwischen grundsätzlicher Ablehnung der Apartheid einerseits und Rücksichtnahme auf Wirtschaftsinteressen in Südafrika und die Haltung der deutschsprachigen Südwester andererseits herausgearbeitet. Hieraus folgte auch die oft ambivalente deutsche Haltung zur SWAPO einerseits und zu den von Südafrika favorisierten "internen Parteien" (vor allem der DTA) andererseits, die Regierung, Parteien und Kirchen mehrfach an den Rand internationaler Isolierung führte.

Das abschließende Resümee (S. 261-283) ist der einzige Teil des Buches, der von den Ereignissen überholt worden ist.

Dem Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik gebührt Dank und Anerkennung dafür, daß es dieses wichtige und interessante Werk der Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat.

Karl Leuteritz

Dieter Blumenwitz

Gutachten zum SWAPO-Verfassungsentwurf

Institut für Afrikanische und Internationale Studien (IAIS-Studie V / Okt. 1989), München, 1989, 62 S.

Die Wahl der Verfassungsgebenden Versammlung im November 1989 hat die letzte Phase des Unabhängigkeitsprozesses für Namibia eingeleitet. Mit 41 von 72 Sitzen hat die